



Stadtparlament

9201 Gossau
www.stadtgossau.ch
info@stadtgossau.ch



Beschluss-Protokoll

Amtsduer 2009 - 2012

03. Sitzung

Dienstag, 3. März 2009, 17.00 bis 18.20 Uhr, Fürstenlandsaal Gossau

Vorsitz Bruno Damann (CVP), Präsident

Anwesend Stadtparlament 30 Mitglieder

Entschuldigt

Anwesend Stadtrat 5 Mitglieder

Entschuldigt

Traktanden

- 03.01 Energiefondsreglement; Erlass
- 03.02 Bürgerrechtsgesuche 2009/1; Einsetzung VBK
- 03.03 Teilzonenplan Niederdorf; Erlass
- 03.04 Interpellation Alfred Zahner (FLiG) „Wahlbeteiligung im Keller“
- 03.05 Neue Vorstösse

03.01

Energiefondsreglement; Erlass

Grundlage sind der Bericht und Antrag des Stadtrates vom 27. August 2008 sowie der gleich lautende Antrag der Vorberatenden Kommission vom 12. Februar 2009:

1. *Das Reglement über den Energiefonds vom 27.8.2008 wird erlassen.*
2. *Dieser Beschluss wird dem obligatorischen Referendum unterstellt.*

Eintretensdiskussion:

Markus Mauchle, Präsident der Vorberatenden Kommission, verliest deren Bericht. Die Kommission vertritt grossmehrheitlich die Auffassung, dass sich das Reglement nicht mit Mobilität befassen soll. Die Kommission beantragt Eintreten.

Alfred Zahner (FLiG) findet das Reglement genügend, aber nicht gut genug. Der FLiG fehlen Aussagen zur Fotovoltaik, zur Mobilität, zur Transparenz für die Mieter gegenüber den Vermietern. Er bemängelt die Formulierung von Art. 10, welche nur grosse Fotovoltaikanlagen unterstützt. Die FLiG wird zur Mobilität und zum Auskunftsrecht der Mieter Anträge stellen.

Felix Koller (FDP) begrüsst, dass das Reglement St.Gallen weitgehend übernommen wurde. Bei der Mobilität ist unklar, was gefördert werden soll. Die Nutzungsdauer von Gefährten ist viel kürzer als jene von Bauten. Mit den vorhandenen Mitteln soll ein Maximum an Einsparung erzielt werden. Es soll lieber in grössere Anlagen langfristig investiert werden. Wenn das Reglement überarbeitet werden muss, würde sich der Vollzug verzögern.

Stefan Schmid (SP) erhält mit diesem Reglement ein altes Anliegen erfüllt. Ist der Betrag von CHF 500'000 richtig im Verhältnis zum Betrag der Stadt St.Gallen mit CHF 3 Mio.?

Melanie Helfenberger (CVP) unterstützt das Reglement. Es herrscht Handlungsbedarf bei Wärmedämmungen. Die Fraktion stimmt dem Reglement grossmehrheitlich zu. Die Ausführungsbestimmungen dürfen durchaus von denjenigen der Stadt St.Gallen abweichen. Art. 7 könnte eventuell offener gestaltet werden. Die Administrationskosten sollen tief gehalten werden.

Stadtpräsident Alex Brühwiler verweist auf das Energiekonzept von Kanton und Stadt St.Gallen. Die grösseren Gemeinden sind zu Massnahmen verpflichtet. Mit dem Reglement werden finanzielle Anreize geschaffen. Es wäre richtig, wenn im Energieraum St.Gallen-Gaiserwald-Gossau ähnlich lautende Vorschriften erlassen werden. Er beantragt Eintreten.

Detaildiskussion:

Zu Art. 2 Finanzierung

Stefan Schmid (SP) beantragt eine Erhöhung von CHF 500'000 auf CHF 750'000 jährlich. Somit wäre die Relation mit den Beiträgen der Stadt St.Gallen gewahrt.

Stadtpräsident Alex Brühwiler orientiert, dass dieser Betrag in der Berechnung des Strompreises so deklariert wurde. Höhere Beiträge könnten aus Ertragsüberschüssen jährlich eingelegt werden. Er beantragt Ablehnung des Antrages.

Abstimmung

Der Antrag wird grossmehrheitlich abgelehnt.

Zu Art. 10 Energieproduktionsanlagen

Marianne Federer (FLiG) will das hohe Potenzial in Gossau nutzbar machen. Die Formulierung des Artikels ist zu wenig ausführlich. Sie beantragt folgende Neuformulierung:

Für Energieproduktionsanlagen, die Abwärme, Abfälle, Umweltwärme, Sonnenenergie oder andere erneuerbare Energiequellen nutzen, wird ein Beitrag in der Höhe der Hälfte der ausgewiesenen nicht amortisierbaren Kosten ausgerichtet, wenn sie einen vom Stadtrat festzulegenden Gesamtwirkungsgrad erreichen und

- a) die allenfalls anfallende Wärme in ein Wärmeverteilnetz einspeisen oder*
- b) Elektrizität produzieren, die in das Netz von Elektrizitätsverteilunternehmen eingespeisen wird.*
- c) Für Photovoltaikanlagen sind die Ausführungsbestimmungen so festzulegen, dass eine Entschädigung ab einer Nennleistung von 3 kWp ausbezahlt wird.*

Alfred Zahner (FLiG) erläutert den Antrag. Ein durchschnittlicher Haushalt mit 3 Personen benötigt für Photovoltaik Solarzellenflächen von 24 m², das kostet rund CHF 30'000. Die Mehrkosten werden durch die Einspeisungsvergütung des Bundes amortisiert. Die Stadt muss nichts bezahlen. Wenn die kostendeckende Einspeisungsvergütung fehlt, entsteht ein Amortisationsverlust. Dieser müsste aus dem Energiefonds finanziert werden, bis wieder Bundesbeiträge fließen. Die Einfamilienhausbesitzer sollen unterstützt werden.

Felix Koller (FDP) kann den Anträgen zustimmen, ohne lit. c). Er wendet sich gegen die geschlossene Formulierung in einem Reglement, welches für mehrere Jahre als Grundlage für die Beiträge dienen muss.

Melanie Helfenberger (CVP) möchte die Details in den Ausführungsbestimmungen regeln, nicht im Reglement. Der Antrag lit. c) soll abgelehnt werden.

Alfred Zahner (FLiG) könnte damit leben, dass der Inhalt von lit. c) in die Ausführungsbestimmungen aufgenommen wird. Wenn der Stadtrat zusichert, dass auch Einfamilienhaus-Besitzer unterstützt werden, ist er einverstanden.

Stadtpräsident Alex Brühwiler kann den Änderungsanträgen zustimmen, mit Ausnahme von lit. c). Zusicherungen seitens des Stadtrates sind derzeit nicht möglich, weil die Ausführungsbestimmungen noch nicht formuliert worden sind. Der Stadtrat sieht keine jährlich wiederkehrenden Beiträge vor. Es werden nur einmalige Beiträge geleistet.

Marianne Federer (FLiG) zieht den Antrag lit. c) zurück.

Abstimmung über Antrag Marianne Federer (ohne lit. c):

Der bereinigte Artikel 10 wird mit wenigen Gegenstimmen angenommen.

Marianne Federer (FLiG) möchte den CO₂-Ausstoss reduzieren. Mit Gas oder Strom betriebene Fahrzeuge tragen dazu bei. Sie beantragt, einen zusätzlichen Artikel ins Reglement aufzunehmen:

Art. 12 Mobilität

Für den Kauf von neuen Elektrofahrrädern und Elektromotorfahrrädern wird ein einmaliger Beitrag von mindestens 10 % des ausgewiesenen Neupreises geleistet.

Für den Kauf eines neuen, ausschliesslich mit Gas oder elektrischer Energie betriebenen Autos wird ein einmaliger Betrag von CHF 1'500 ausbezahlt.

Peter Bernhardsgrütter (CVP) hat Mühe mit dem Antrag. Er möchte den Autoverkehr nicht weiter fördern. Die Förderung von Fahrrädern ist nicht nötig. Mit dem Reglement soll nachweislich eine Einsparung erzielt werden. Dies ist bei Fahrrädern nicht möglich. Er beantragt Ablehnung.

Urs Brülisauer (SVP) hat ein Verständnisproblem. Das Mobiliätsverhalten einer Familie verändert sich mit der Einzelanschaffung eines Elektrowelos kaum.

Felix Koller (FDP) möchte diese Bestimmungen, wenn schon, in den Ausführungsbestimmungen sehen. Er lehnt indessen die Formulierung ab. Die Mittel würden so nicht nachhaltig eingesetzt. Jedes Produkt verbraucht graue Energie. Ein Elektroroller ist in der Regel ein Zusatzgerät, das zusätzlich zu anderen Fahrzeugen genutzt wird.

Stefan Schmid (SP) sieht mit diesem Artikel mehr Probleme als Lösungen. Warum wird nicht auch ein normales Velo unterstützt? Er beantragt Ablehnung.

Claudia Meier-Uffer (FLiG) will nicht Geld verschenken. Bei der Anschaffung eines neuen Fahrzeuges kann aber der finanzielle Anreiz dazu führen, dass eine umweltfreundliche Variante gewählt wird.

Stadtpräsident Alex Brühwiler verweist, dass das Reglement auf die Förderung von Gebäuden, und nicht von Fahrzeugen ausgerichtet ist. Er beantragt, die Mobilität nicht ins Reglement aufzunehmen, weil der Vollzug Probleme verursachen würde.

Abstimmung

Der Antrag wird grossmehrheitlich abgelehnt.

Marianne Federer (FLiG) möchte einen Reglements-Nachtrag aufnehmen, welcher gegenwärtig in der Stadt St.Gallen diskutiert wird. Dort ist folgende Formulierung vorgesehen:

Art. XX Auskunft

Die Energiefondsverwaltung erteilt Mieterinnen und Mietern, die eine Mietzinserhöhung angezeigt erhalten, der energetische Verbesserungen zu Grunde liegen, auf Gesuch hin Auskunft darüber, ob und in welcher Höhe Beiträge aus dem Energiefonds zugesichert worden sind.

Abstimmung

Der zusätzliche Artikel wird mehrheitlich angenommen.

Beschluss des Stadtparlamentes:

Dem Reglement mit den vorstehenden Änderungen wird mit wenigen Gegenstimmen zugestimmt.

03.02

Bürgerrechtsgesuche 2009/1; Einsetzung VBK

Grundlage ist der Bericht und Antrag des Einbürgerungsrates vom 11. Februar 2009 mit folgendem Antrag:

Die Gemeinde- und Ortsbürgerrechte werden erteilt.

Das Präsidium schlägt vor, eine Vorberatende Kommission einzusetzen. Für die Kommission liegen folgende Vorschläge vor:

FDP Hanspeter Fröhlich
CVP Stefan Häseli
CVP Leo Cozzio

Präsident
Mitglied
Mitglied

SVP Urs Brülisauer
FLiG Marianne Federer

Mitglied
Mitglied

Beschluss des Stadtparlamentes:

Die Vorberatende Kommission wird eingesetzt.

03.03**Teilzonenplan Niederdorf; Erlass**

Grundlage ist der Bericht und Antrag des Stadtrates vom 2. Februar 2009 mit folgendem Antrag:

Der Teilzonenplan „Niederdorf“ wird gemäss Planbeilage erlassen.

Fredy Mosberger als betroffener Grundeigentümer tritt für die Behandlung dieses Geschäftes in den Ausstand.

Eintretensdiskussion:

Die Diskussion wird nicht gewünscht.

Detaildiskussion:

Peter Bernhardsgrütter (CVP) kann der Vorlage zustimmen. Die Grundeigentümer sind derzeit in der Nutzung ihrer Liegenschaften eingeschränkt. Mit dem Zonenplan wird überbautes Gebiet zonenkonform nutzbar. Die angrenzende Fruchtfolgefläche im Niederdorf gilt es aber zu schützen.

Stadtpräsident Alex Brühwiler stellt fest, dass mit dem Teilzonenplan nördlich der Flawilerstrasse ein altes Anliegen erfüllt wird. Es bestehen auch Bedürfnisse für Einzonungen südlich der Flawilerstrasse. Für die weitere Siedlungsentwicklung hat der Stadtrat seine Haltung festgelegt.

Beschluss des Stadtparlamentes:

Dem Antrag wird einstimmig zugestimmt.

03.04**Interpellation Alfred Zahner (FLiG) „Wahlbeteiligung im Keller“**

Grundlage ist der Bericht des Stadtrates vom 2. Februar 2009.

Alfred Zahner (FLiG) erwartet, dass der Stadtrat das Anliegen der Parteien ernst nimmt, damit der Wahlkampf einfacher wird. Er ist mit der Antwort des Stadtrates mittelmässig zufrieden.

03.05 Neue Vorstösse

Interpellation Hanspeter Fröhlich (FDP) und Claudia Martin (SVP) „Öffentliches Beschaffungswesen“

Interpellation Felix Koller (FDP) „Freie Software Linux im OZ Buchenwald“

Interpellation Erwin Sutter (FLiG) „Wirtschaftsentwicklung in Gossau“
Interpellation Stefan Harder (FLiG) „Reduktion des Schwerverkehrs in Gossau“

Der Präsident

Der Stadtratsschreiber



Bruno Damann



Toni Inauen

Dieses Protokoll wurde auf dem Zirkulationsweg am 8. März 2009 genehmigt.